

An den Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Andreas Khol  
Parlament  
Dr.-Karl-Renner-Ring 3  
A-1017 Wien

XXII.GP.-NR  
Nr. 61 /PET

2005 -05- 11

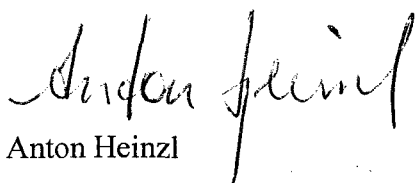
St. Pölten, am 7. Mai 2005

## Petition für die Senkung der UVP-Schwellenwerte und die Erweiterung der Bürgerbeteiligung im Genehmigungsverfahren von Intensivtierhaltungen

Sehr geehrter Herr Präsident!

In der Anlage überreichen wir die Petition " für die Senkung der UVP-Schwellenwerte und die Erweiterung der Bürgerbeteiligung im Genehmigungsverfahren von Intensivtierhaltungen" im Sinne des § 100 Abs. 1 Z 1 GOG mit dem Ersuchen um geschäftsordnungsmäßige Behandlung.

Mit freundlichen Grüßen

  
Anton Heinzl

Anlagen: wie oben erwähnt

# **PETITION**

vom 7. Mai 2005

**für die Senkung der UVP-Schwellenwerte  
und  
die Erweiterung der Bürgerbeteiligung  
im  
Genehmigungsverfahren von  
Intensivtierhaltungen**

## **Petition für die Senkung der UVP-Schwellenwerte und die Erweiterung der Bürgerbeteiligung im Genehmigungsverfahren von Intensivtierhaltungen**

Als Folge des Beitritts Österreichs zur europäischen Union haben sich die wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Betrieb landwirtschaftlicher Produktionsbetriebe verändert.

Die Vergrößerung vieler Betriebe führt zu wesentlich stärkeren Auswirkungen von landwirtschaftlichen Betrieben auf die Anrainer und die Umweltmedien Luft, Wasser und Boden.

Im österreichischen Genehmigungsrecht wurde dieser Entwicklung bis heute aber nicht Rechnung getragen.

So ist beispielsweise für die Erweiterung von Stallungen von Intensivtierhaltungen, die nicht dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 unterliegen, oft nur ein baurechtliches Verfahren notwendig, in dem die Berücksichtigung der Umweltauswirkungen des landwirtschaftlichen Bauvorhabens auf Luft, Wasser und Boden aber nur unzureichend berücksichtigt bleibt. Insbesondere bei der Genehmigung von Intensivtierhaltungen wird beispielsweise die Beurteilung der am Projektstandort schon vorhandenen Vorbelastung an Luftschadstoffen NICHT beurteilt, sondern nur die Zusatzbelastung durch den Neubau bewertet. Deshalb überschreitet in ländlichen Gebieten die bereits vorhandene Belastung der Anrainer bereits vor dem Neubau einer neuen Stallung die Zumutbarkeitsgrenze, wie die beiliegende Unterschriftenaktion in Brunn (Gemeinde Pyhra, NÖ) belegt.

Die in Österreich in vielen Fällen mittlerweile bereits auf industriellem Niveau betriebene landwirtschaftliche Produktion erfordert auch genehmigungsrechtliche Vorschriften auf gewerblichem und industriellem Niveau. Ganz besonders wichtig ist hier die behördlich geprüfte Einhaltung der für Gewerbe- und Industriebetriebe bereits jetzt geltenden Regelungen im Umweltrecht sowie beim ArbeitnehmerInnenschutz. Die Herausnahme großer landwirtschaftlicher Produktionsanlagen aus dem Gewerberecht ist nicht mehr zeitgemäß! Zumindest im

§2 Abs. 3 Z2 der Gewerbeordnung sind zeitgemäße Obergrenzen hinsichtlich der Betriebsgröße genauso erforderlich wie eine Absenkung der Schwellenwerte des UVP-Gesetzes für landwirtschaftliche Produktionsbetriebe.

**Ich fordere Umweltminister Pröll auf, eine Absenkung der Schwellenwerte für Intensivtierhaltungsbetriebe im UVP-Gesetz zu veranlassen und als Landwirtschaftsminister gemeinsam mit Wirtschaftsminister Bartenstein eine Überarbeitung der Gewerbeordnung vorzunehmen, die zeitgemäße Schwellenwerte für die Anwendbarkeit der Gewerbeordnung auf Großbetriebe der Land- und Forstwirtschaft vorsieht.**

Wir hier Unterzeichnenden  
Ortsbewohner von Brunn

An den  
Bürgermeister der Marktgemeinde Pyhra  
Mag. Ing. Werner SCHMITZER  
3143 Pyhra

Brunn, am 12.06.2004

### **Schweinefleischbauvorhaben in Brunn.**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mag. Ing. Werner SCHMITZER,

Sie haben in der Zeitschrift „Pyhra Aktuell“ Ausgabe Oktober 2003, in ihrem Vorwort angeführt, dass Pyhra eine Gemeinde ist, in der es sich sehr schön wohnen lässt.

Doch machen wir uns bezüglich der künftigen Lebensqualität in Brunn ernsthafte Sorgen: In unserem ohnehin schon enorm geruchsbelasteten Ort ist jetzt ein weiterer Schweinefleisch geplant, der die Belastungen, die offenbar schon jetzt weit über den vorgegebenen Grenzwerten liegen, noch weiter erhöhen wird!

Mit einem Vergleich zwischen den Ortschaften Reith Gemeinde Böheimkirchen und Brunn die eine ähnliche Größe aufweisen, wollen wir auf unseren mittlerweile untragbaren Zustand hinweisen bzw. ihn mit Zahlen untermauert veranschaulichen.

Im Zuge einer Bauverhandlung zur Erweiterung eines Schweinefleischbetriebs in Reith bei Böheimkirchen mit einer Geruchszahl von 30,1 hat die Umweltmedizinerin Dr. Heidi Kindler – eine allseits als sehr kompetent bekannte Ärztin – bereits im Jahre 2001 darauf hingewiesen, dass selbst bei sachgemäßer Ausführung (diese würde eine Gesamtgeruchszahl im Ort von 60,8 ergeben) die Anrainer durch Staub und Geruch in ihrer Gesundheit gefährdet wären.

Entsprechend besorgt wegen der drohenden Gesundheitsgefährdung für Reith bemühte sich natürlich die Gemeinde Böheimkirchen - alle vier Fraktionen waren sich einig - dem Bauwerber zu einer Aussiedelung (mit einer Förderung von 10.000,- € für die Errichtung der Stromleitung, die Asphaltierung der Zufahrt zum Stall und der Übernahme der Schneesäuberung) zu verhelfen.

Bei Reith handelt es sich um keinen Einzelfall, im Tätigkeitsbericht der Umweltschutzkommission des Landes Niederösterreich für den Zeitraum Jänner 1996 bis Dezember 1999, ist ein analoger Fall enthalten, wo von einem

medizinischen Sachverständigen, des Amtes der NÖ Landesregierung bei einer **Geruchszahl von 38 eine Gesundheitsschädigung** bei den umliegenden Familien, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit angenommen werden muss.

Umso dramatischer ist deshalb der Geruchsfaktor in Brunn zu sehen; Denn im Bescheid des Feststellungsverfahrens der Fam. AMBICHL zur Errichtung eines Stalles im Siedlungsgebiet von Brunn mit einer Größe von mehr als 700 m<sup>2</sup> (der II Bauwerber nicht der letzte im Dorf sein soll) vom April 2004 ist zu entnehmen, dass die Ortschaft **Brunn derzeit schon eine Geruchszahl von 370 (!)** aufweist.

Zusätzlich sollte nicht vergessen werden, dass diese hohe Zahl, die u. a. Gestank, Schad- und Giftstoffe durch Tierhaltung quantifiziert, **in Brunn noch erheblich stärker zum Tragen kommt**, da das kleine Dorf **in ähnlicher Größe wie Reith** mit seinen ca. 30 Wohnsitzen hinsichtlich Durchlüftung in einer denkbar **ungünstigen Kessellage angesiedelt** ist.

Sollte die Zahl nur annähernd stimmen, dann sind - selbst bei nur linearer Zunahme - die Ortsbewohner von Brunn gegenüber denen von Reith jetzt schon (den neuen Schweinestall in Reith mit eingerechnet, aber ohne Berücksichtigung der angegebenen Kessellage von Brunn) um mehr als das **6-fache (!!!) in ihrer Gesundheit gefährdet!**

In Anbetracht dieser Zahlen erklärt sich auch der weit über die Bezirksgrenzen hinweg zweifelhafte Bekanntheitsgrad von Brunn.

Die EU startet spezielle Aktionen, die im ländlichen Raum eine Verbesserung der Lebensqualität erzielen sollen - es wird auch stolz die prozentuell steigende Tendenz der Verbesserung verkündet!

Auch die NÖ Landesregierung verfolgt mit ihrer erst 2002 ins Leben gerufenen Aktion **„Gesundes Leben in Niederösterreich“** das Ziel, auch unter Berücksichtigung der Themenkreise, **Umweltfaktoren**, **Wohnen**, etc. die Bürgerinnen und Bürger zur Erlangung einer besseren Lebensqualität zu unterstützen.

Sind wir Brunninger weniger wert? Muss man unsere Gesundheit und unsere Lebensqualität nicht schützen? Haben unsere Kinder kein Anrecht darauf, in ihrem Heimatort unter halbwegs erträglichen Bedingungen leben zu dürfen? Was ist mit unseren älteren Dorfbewohnern?

Es sind nicht nur diese hochgradig angsterregenden Zahlen, die uns bestärken, diese Zeilen zu schreiben, sondern die in immer kürzeren Abständen wahrzunehmenden Klagen der Ortsbewohner querfeldeln, denn selbst Schweinebauern, bei denen durch oftmaligen Stallaufenthalt die Wahrnehmungsgrenze von Gestank weit höher liegt, klagen über unmenschliche Belastungen.

#### **Einen zusätzliche Belastung in Brunn darf es nicht mehr gegen!**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister wir wollen keinesfalls irgendwelchen Bauern mit diesem Schreiben einen Schaden zufügen, jedoch wünsche wir uns

In unserem Dorf eine lebenswerte Zukunft für uns alle und auch für künftige Generationen, wovon letztendlich das gesamte Dorf profitieren würde.

Wir fordern zumindest einmal keinen weiteren Schweinestall in Brunn(1) (Ortschaft)

Es wäre natürlich auch schön, wenn zur Verbesserung der jetzigen Situation nachgedacht werden würde. *u. wir erwarten von der Gemeinde*

[Mit freundlichen Grüßen] *Bitte, dass sie den Bauern die außerhalb von d. Ortschaft (wie z.B. in Obertiefenbach) ihre Ställe err. unterstützt.*